

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die zurückliegende Sitzungswoche des Hessischen Landtags begann mit dem Gedenken an die Toten der Terrorattacke von Hanau vor einem Jahr. Am 19. Februar 2020 hat dort ein rechtsextremistischer Attentäter neun Menschen ermordet. Das Motiv: ein von Rassismus und völkisch-nationalistischem Denken geprägtes Weltbild.

Die Überlebenden des Anschlags, die Hinterbliebenen der Toten, ihre Familien und Freunde sind bis heute vom dem Attentat traumatisiert. Sie erwarten zu Recht Unterstützung, vor allem aber erwarten sie, dass die Begleitumstände der grausamen Tat aufgeklärt werden. Denn es gibt viele offene Fragen: Warum war der Polizeinotruf in jener Nacht nicht erreichbar? Warum ist den hessischen Behörden nicht aufgefallen,

dass von dem späteren Attentäter schon Jahre vorher eine Gefahr für andere ausging? Denn dass von ihm große Gefahr ausging und er bereits früher wegen Gewalttaten begangen hatte, war aktenkundig.

Hanau braucht Antworten. Dass der hessische Innenminister, der die politische Verantwortung für die Sicherheitsbehörden unseres Landes trägt, diese Antworten nicht geben kann oder nicht geben will, verlängert das Leid der Hinterbliebenen. Wir setzen uns deswegen weiterhin für eine rückhaltlose Aufklärung dessen ein, was am 19. Februar 2020 passiert ist.

Mit nachdenklichen Grüßen

Ihre Nancy Faeser

„SELBSTVERMARKTUNG STATT SELBSTKRITIK“

REGIERUNGSERKLÄRUNG



In der Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten listete Nancy Faeser die Versäumnisse und Fehler der Landesregierung bei der Bekämpfung der Pandemie auf: „Keine Teststrategie für Pflegeheime und Kindertagesstätten. Ein ver stolperter Impfstart. Und ein stümperhaft vorbereiteter digitaler Fernunterricht an Schulen.“ Es sei zu erwarten, dass Fehler

passierten, aber ebenso müsse erwartet werden können, dass die Landesregierung zu diesen stehe. „Man nennt das: Verantwortung übernehmen“, kritisierte Faeser. Schwarzgrün nutze selbst die Pandemie, um politische Eigenwerbung zu betreiben. „Vielmehr müsse das Ziel mehr Information sein – über die Corona-Regeln, über die Rechte und Pflichten der Menschen, über das Impfen und über die Perspektiven“, so Faeser. Denn die Bereitschaft der Menschen, sich an die Corona-Regeln zu halten, nehme ab. Dazu habe die Landesregierung mitbeigetragen, beispielsweise mit dem faktischen Kontaktverbot für Kinder. Das größte Versagen der Landesregierung habe allerdings in den

Klassenzimmern stattgefunden: Statt die Organisation des Unterrichts krisenfest zu machen, habe das Kultusministerium monatelang versucht, die Verantwortung dafür auf die Schulträger, Schulleitungen, Lehrkräfte und Eltern abzuschieben. „Am Ende“, so Faeser, „hat sich der Minister für die schlechteste Lösung entschieden: Die Aufhebung der Schulpflicht und den Appell an die Eltern, ihre Kinder bitte zuhause zu lassen.“ Selbst den Start der Impfkampagne, auf die sich alle Hoffnungen richteten, habe Schwarzgrün ver stolpert. „Hessen braucht eine Fehleranalyse und eine Optimierung der Abläufe. Das muss mit Wissenschaft und Industrie geschehen, bevorzugt bei einem hessischen Impfgipfel“, so Faeser.

MIETERHÖHUNGEN ZURÜCKNEHMEN

Das landeseigene Wohnungsunternehmen Nassauische Heimstätte (NH) hat einem Teil seiner Mieter zum Jahresbeginn Mieterhöhungen um bis zu 15 Prozent ausgesprochen. Diesen Mietanstieg inmitten der Corona-Krise kritisierte die wohnungsbaupolitische Sprecherin Elke Barth in der Debatte zum SPD-Setzpunkt als falsch und forderte die Rücknahme der Erhöhungen, die von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) bis zuletzt verteidigt worden seien. Al-Wazir ist Vorsitzender des Aufsichtsrates bei der Nassauischen Heimstätte. Die NH habe zu Beginn der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr zunächst ein richtiges

Zeichen gesetzt, indem sie auf Mieterhöhungen sowie Kündigungen wegen Mietrückständen verzichtet und den Betroffenen Mietstundungen angeboten hat. Diesem guten Beispiel seien damals viele andere Vermieter gefolgt. „Die Krise hat sich nun noch verschärft, die existenziellen Sorgen vieler Menschen sind mit der zweiten Infektionswelle und dem neuerlichen Lockdown gewachsen“, sagte Barth. Viele Menschen bangten derzeit um ihren Arbeitsplatz oder hätten ihn bereits verloren. Gerade ein öffentliches Wohnungsunternehmen müsse jetzt soziale Verantwortung übernehmen und



IN DER KRISE SOZIALE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN:

Mieterhöhungen bei der Nassauischen Heimstätte zurücknehmen.

auf Mieterhöhungen verzichten. „Die NH gehört überwiegend dem Land, in ihren Aufsichtsgremien entscheiden Vertreter der schwarzgrünen Landesregierung über die Geschäftspolitik mit. Es liegt deswegen in der Verantwortung der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass die Mieter der NH nicht noch zusätzlich belastet werden“, sagte Barth.

BESCHÄFTIGTEN & WIRTSCHAFT DEN RÜCKEN STÄRKEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



In einem parteiinternen Videochat soll CDU-Generalsekretär Pentz mit Blick auf die Milliardenhilfen des Bundes für die Wirtschaft nach Angaben anderer Teilnehmer gesagt haben: „So hart es klingt, aber ich hätte es zugelassen, dass der Markt diese Volkswirtschaft auch mal bereinigt“. Zwar hatte Pentz erklärt, er sei sinnenstehend zitiert worden, doch dies sei insgesamt nicht entscheidend, erklärte dazu Christoph Degen in der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion. „Es würde niemanden überraschen, wenn er es wirklich so gesagt hätte“, so Degen. Er erinnerte an die Unterstützungsleistungen, mit denen die Bundesregierung seit Beginn der Pandemie Massensolvenzen in der deutschen Wirtschaft verhindert und hunderttausende von Arbeitsplätzen gerettet habe. „Das liegt auch daran, dass die SPD dafür gesorgt hat und weiterhin dafür sorgt, dass ein starker und handlungsfähiger Staat einspringen kann, wenn er benötigt wird“, erklärte Degen. Er hob in diesem Zusammenhang den Beschluss des Koalitionsausschusses eines Corona-Zuschusses für Grundsicherungsempfänger und

eines neuen Kinderbonus hervor. „Die SPD steht zu hundert Prozent hinter den Maßnahmen, die in der Krise sowohl den Beschäftigten, als auch der Wirtschaft den Rücken stärken. Denn anders als Herr Pentz wissen wir, dass nicht mehr viel übrigbleiben wird, wenn man zulässt, dass in der Corona-Krise der Markt diese Volkswirtschaft ‚bereinigt‘“, so Degen.

BEUTH VERSPIELT VERTRAUEN

Der Landtag hat in einer aktuellen Stunde über die ungeklärten Fragen debattiert, die sich ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag von Hanau stellen. „Noch immer hat der Innenminister kein Gespräch mit den Angehörigen und Hinterbliebenen geführt. Er ist daran offenkundig nicht interessiert. In dieser Woche hat der Innenminister dann zugeben müssen, dass der Polizei-Notruf in Hanau in der Tatnacht personell unterbesetzt, technisch überlastet und deswegen nicht erreichbar war. Die dazugehörige Pressemitteilung hat das Innenministerium verschickt, während hier im Landtag die Gedenkfeier für die Opfer des Anschlags stattfand – das war respektlos gegenüber den Angehörigen, aber auch gegenüber dem Landtag und seinem Präsidenten“, sagte Faeser. Allein der Beharrlichkeit der Angehörigen und der Medien sei es zu verdanken, dass die Nichterreichbarkeit des Notrufs überhaupt thematisiert worden seien. „Im Raum



steht eine schreckliche Vermutung: Könnte Vili-Viorel Păun noch leben, wenn der Notruf erreichbar gewesen wäre? Ich könnte nachts nicht mehr schlafen, wenn ich mir diese Frage stellen müsste“, so Faeser. Ihre Fraktion habe die Herausgabe der Ministeriumsakten an den Innenausschuss beantragt, weil Beuth nachhaltig den Eindruck erweckt habe, an der Aufklärung von möglichen Versäumnissen und Fehlern nicht interessiert zu sein.

ABSCHIEBEHAFT IST ULTIMA-RATIO-MASSNAHME

„Die Abschiebehaft ist keine Straffhaft, sondern eine Verwaltungshaft, die der Sicherstellung der Rückführung dient. Sie betrifft Menschen, die nach einem rechtskräftig abgelehnten Asylantrag, nach der Ablehnung der Verlängerung des Aufenthalts oder nach Ausweisung vollziehbar ausreisepflichtig sind, dem nicht nachkommen und deshalb abgeschoben werden sollen. Die Abschiebehaft ist im Einzelfall die Ultima Ratio“, erklärte Heike Hofmann in einer Aktuellen Stunde über die Forderung der Fraktion DIE LINKE, den Ausbau der Abschiebehaftanstalt zu stoppen. Für die SPD-Fraktion habe die humanitäre Ausgestaltung, die Wahrung der Persönlichkeitsrechte und der Würde des Einzelnen höchste Priorität. „Wir haben immer deutlich gemacht, dass für uns besonders Schutzwürdige, wie Schwangere, Mütter im Mutterschutz und Minderjährige nicht in Abschiebehaft genommen werden dürfen“, so Hofmann.



DOKUMENT DER VERPASSTEN CHANCEN

HAUSHALT 2021

Eine falsche Schwerpunktsetzung von Schwarzgrün kritisierte Nancy Faeser in der Dritten Lesung des Landeshaushalts. CDU und Grüne hätten die Chance verpasst, die Weichen für eine gute Zukunft des Landes zu stellen. „Das zu korrigieren, haben wir versucht“, so Faeser. Insbesondere im Gesundheitsbereich forderte sie mehr Unterstützung für die kommunalen Krankenhäuser, deren Liquidität bedroht sei: „Wir halten einen einmaligen Betriebskostenzuschuss von 60 Millionen für erforderlich“, sagte Faeser. Bei den Krankenhausinvestitionen seien außerdem Änderungen erforderlich, da die Kommunen langfristig nicht ihren Anteil finanzieren könnten. Auch im Bereich der Be-



kämpfung des Rechtsextremismus forderte Faeser mehr Investitionen. „Wir brauchen mehr präventive Arbeit und eine intensivere Beschäftigung mit den Wurzeln von Rassismus. Deswegen ist uns daran gelegen, Prävention, Aufklärung und politische Bildung in einer Landesstiftung für die Opfer von rechter Gewalt zu institutionalisieren“, erklärte Faeser. Des Weiteren nannte Faeser die Kinderbetreuung, bei der der Investitionsbedarf rund eine Milliarde betrage: „Im Haushalt sind dafür gerade einmal 246 Millionen vorgesehen.“ Auch bei den Betriebskostenzuschüssen für die Kinderbetreuungseinrichtungen weigere sich die Landesregierung, ihren gerechten Anteil zu übernehmen.

WELTAIDSTAG

„Die Corona Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die Bekämpfung von HIV“, sagte Ulrike Alex in der Plenardebatte anlässlich des Weltaidstages. Testung, Laborkapazitäten, Forschung, Beratung und Medikamentenausgabe seien eingebrochen. Kein Grund also für einen Jubelantrag von Grünen und CDU zum Weltaidstag, der ohnehin schon vor zwei Monaten gewesen sei. Geradezu gleichgültig und geringschätzig munde der Antrag an, der aus 2019 stamme und nur wenig verändert wurde. „Man hätte Perspektiven für die Betroffenen, ihre Angehörigen, die Aidshilfen und die Forschung erörtern müssen“, so Alex.



TRAURIGER SPITZENPLATZ

KOMMUNALFINANZEN



Politisches Selbstlob, ohne wirkliche Substanz, attestierte der haushaltspolitische Sprecher Marius Weiß Schwarzgrün in Hinblick auf die Kommunalfinanzen. „CDU und Grüne feiern sich für angebliche Wohltaten gegenüber den Kom-

munen, die keiner inhaltlichen Überprüfung standhalten. Die Wahrheit ist, dass die hessischen Kommunen massiv unterfinanziert sind“, so Weiß. Jüngst habe der Städte- und Gemeindebund Alarm geschlagen, da neben dem Einbruch bei der Gewerbesteuer auch ein Einbruch bei den Anteilen an der Einkommensteuer drohe. Laut einer Studie von EY liege in keinem anderen Bundesland der Anteil der Kommunen höher, die zwangsweise beabsichtigen, Steuern und Gebühren zu erhöhen oder Leistungen zu kürzen. „Das ist der traurige Spitzenplatz“, kritisierte Weiß.

LOBBYREGISTER

Erneut hat die SPD eine vollumfängliche Transparenz von Lobbyismus gefordert. „Das ist wichtig, um das Vertrauen in unsere Demokratie wieder zu stärken“, erklärte dazu Angelika Löber. Ein solches Lobbyregister müsse eine Registrierungspflicht beinhalten. Außerdem müsse es über Tätigkeitsfelder und Interessensbereiche der registrierten Interessengruppen informieren und für Bürger öffentlich zugänglich sein. „In dem Lobbyregister müssen auch die finanziellen Aufwendungen hinterlegt werden“, so Löber weiter. Die SPD fordere zudem die Einsetzung eines Lobbybeauftragten.



FORDERUNG NACH IMPFGIPFEL

Die Impfungen der ersten, priorisierten Gruppe gegen das Covid-19-Virus waren von zahlreichen Startschwierigkeiten geprägt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte deshalb im Vorfeld der Plenarwoche gefordert, mit einem Impfgipfel eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, die Fehler zu analysieren und die Abläufe zu optimieren. „Nach den massiven Pannen zum Start müssen jetzt alle Akteure – auch Vertreter der Kommunen und des Bundes – an einen Tisch, um eine erfolgreiche und schnelle Impfung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Landesregierung darf bei diesem entscheidenden Thema nicht noch mehr Zeit und Vertrauen verlieren. Auch neuen Vorschriften zum Tragen eines medizinischen Mundschutzes oder einer FFP-2 Maske wird aller Voraussicht nach zu erneuten Versorgungsengpässen und sozialen Ungleichheiten



führen, auf die man schon längst hätte reagieren müssen“, erklärt Nancy Faeser das SPD-Anliegen. Nach dem eher enttäuschenden Impfgipfel der Bundesebene, sei es wichtig, alle hessischen Akteure an einen Tisch zu holen. Dazu gehörten insbesondere Vertreter der hessischen Pharmaunternehmen und der Gesundheitswirtschaft, damit über die Frage beraten werden könne, wie die Produktion von Impfstoffen und Schutzmitteln verbessert werden könnte, so Faeser. „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, den Standort Europa im Rahmen einer europäischen Strategie zu stärken, Teile der Produktion zurückzuholen und eine weitere Abwanderung von Unternehmen zu verhindern.“ Faeser forderte außerdem vom Bund, den Beziehern der staatlichen Grundversicherung kostenlose FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen.

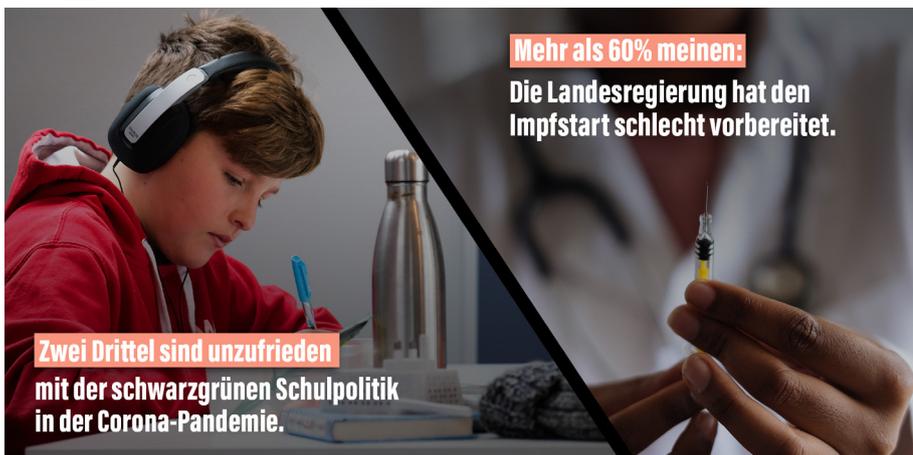
GLÜCKSSPIELSTAATSVERTRAG



Das Gesetz zum Glücksspielstaatsvertrag werde sein Ziel – die Regulierung des kommerziellen Glücksspiels, das derzeit in einem rechtlichen Graubereich stattfindet – wahrscheinlich nicht erreichen, urteilte Günter Rudolph in der Aussprache zur Zweiten Gesetzeslesung. „Obwohl privates Glücksspiel in Deutschland verboten ist, sind jenseits der staatlichen Angebote private Anbieter unterwegs, die ihren Sitz beispielsweise auf Malta oder in Gibraltar haben und sich der nationalen Gesetzgebung in Deutschland entziehen“, stellte Rudolph fest. Der Gesetzentwurf der Landesregierung legalisiere lediglich das, was bisher verboten sei. „Dieses Gesetz ist kein großer Wurf, sondern eine Kapitulation vor der Wirklichkeit“, sagte Rudolph. Eine schriftliche Anhörung von Experten habe deutlich gemacht, dass die Legalisierung von Online-Casinospielen nicht unproblematisch sei. Um Geld zu spielen sei das Einfallstor für Spielsucht. „Deswegen ist ein umfassender Spieler- und vor allem Jugendschutz erforderlich“, forderte Rudolph.

Foto: elements.envato.com

CIVEY-UMFRAGE



Mehr als 60% meinen:

Die Landesregierung hat den Impfstart schlecht vorbereitet.

Zwei Drittel sind unzufrieden mit der schwarzgrünen Schulpolitik in der Corona-Pandemie.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Kunkel,
Martina Häusel-David,
Luisa Neurath